



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 3. Dezember 2018
Kantonsratspräsidentin Hildegard Meier-Schöpfer

Petition für die sofortige Realisierung der Entlastungsstrasse West, Beromünster ("Für Alli s'Best - nämlich Umfahrig West!") / Staatskanzlei

Für die Kommission Verkehr und Bau (VBK) spricht Kommissionspräsident Rolf Bossart.
Rolf Bossart: Joe Steinmann, Beromünster, hat am 4. Juli 2018 im Namen des Petitionskomitees die Petition mit 540 Unterschriften für die sofortige Realisierung der Entlastungsstrasse West, Beromünster, „Für Alli s'Best - nämlich Umfahrig West!“, bei der Staatskanzlei eingereicht. Anlässlich der Sitzung vom 21. September 2018 wurde der Petitionär im Beisein von Vertretern des Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartementes von der Gesamtkommission angehört. Gestützt auf diese Erkenntnisse wurde der vorliegende Bericht verabschiedet. Die Argumente der Petitionäre lauten wie folgt: Durch die gleichzeitige Planung der Umfahrung Ost sei die umgehende Realisierung der seit drei Jahren versprochenen Umsetzung – im aktuellen Bauprogramm bereits im Topf A – gefährdet oder werde zumindest weiter verzögert. Die Gemeinde verträste die Bürger seit über 15 Jahren. Der Flecken als historischer Ort von nationaler Bedeutung müsse geschützt und vom Verkehr entlastet werden. Die Finanzen seien ja sichergestellt. Wie lange denn nun noch gewartet werden müsse, wollte der Petitionär wissen. Feststellungen: Beide Umfahrungen zusammen bringen eine Entlastung von rund 85 Prozent. Die in der Petition gemachten Zahlenangaben wurden uns von den zuständigen Stellen bestätigt. Die Petitionäre haben das Gefühl, es gehe schneller, wenn nur die Westumfahrung prioritär gepusht werde. Es bestehen Abhängigkeiten bei den Wirkungen, die für eine Kombination sprechen. Dazu kommen Synergien beim Bauablauf für die Entwässerung. Bei dieser Ausgangslage, insbesondere bei der Grösse des Projektes und den notwendigen demokratischen Hürden, ist eine sofortige Realisierung der Entlastungsstrasse West gar nicht möglich. Die VBK beantragt, die Petition im Sinn der vorgenannten Feststellungen und Folgerungen zur Kenntnis zu nehmen.

Charly Freitag: Ich äussere mich sowohl in meiner Funktion als Kantonsrat wie auch als Gemeindepräsident von Beromünster. Die Petition zeigt, dass bei der Bevölkerung von Beromünster und Umgebung eine grosse Unsicherheit herrscht, was die Umfahrung angeht. Die Umfahrung Beromünster wurde erstmals 1947 von einem Architekten namens Furger zur Sprache gebracht. 1975 wurde mit der Ortsplanung ein Strassenrichtplan verabschiedet und vom Regierungsrat genehmigt. Darin wurde eine Umfahrung von Beromünster aufgezeigt. Seit 1977 wurde geplant, und die Entwicklung ging weiter. Irgendwann haben wir begonnen, das Bauprogramm über die verschiedenen Töpfe abzuhandeln, so wie wir es jetzt kennen. Seit 2007 ist die Linienführung der Ostumfahrung rechtskräftig. Es wurde eine Studie gemacht und aufgelegt, und der Rechtsweg wurde eröffnet. Seither ist diese Strassenführung verbindlich; auf diesen Quadratmetern wird nichts gebaut. Die Eigentümer sind enteignet, und für die Ortsplanung besteht keine Möglichkeit, dort etwas zu machen.

Seit 2014 ist der Korridor für die Westumfahrung rechtskräftig. Im Ortskern von Beromünster sind rund 2 Kilometer für jegliche Entwicklung blockiert, und man weiss nicht, wie es weitergeht. Seit dem 24. Oktober 2017 haben wir in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton die Linienführung nochmals leicht angepasst; sie wird durch das bestehende Altersheim führen. Wir sind daran, einen entsprechenden Ersatzbau zu planen, auch das in Zusammenarbeit, damit es eine gute Lösung gibt. Die Gemeinde selber investiert seit Jahrzehnten in die Ortsplanung, die Entwässerungsplanung und in eine Langsamverkehrsbrücke. Für die Bevölkerung ist es wichtig, Klarheit zu erhalten. Sie versteht nicht mehr, was wir in Auftrag geben. Wenn der Antrag angenommen wird, das Vorhaben in den Topf B zurückzuverschieben, weiss ich auch nicht mehr weiter. Ich bitte Sie, Klarheit zu schaffen und diesen Antrag anlässlich der Beratung des Bauprogramms abzulehnen.

Der Rat stimmt dem Antrag der VBK, die Petition im Sinn ihres Berichtes zur Kenntnis zu nehmen, mit 104 zu 0 Stimmen zu.